

Beschluss

Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen

Der Krieg in Syrien, die entgrenzte Gewalt, Flucht und Vertreibung sind eine humanitäre Katastrophe für Millionen von Menschen, die sich mehr und mehr auf die Nachbarländer ausbreitet und sie völlig überfordert. Dramatische Folge ist, dass die humanitäre Krise die ganze Region politisch weiter destabilisiert und zu einer Ausweitung des beginnenden Flächenbrandes führen kann. Deswegen sind die dringend notwendige humanitäre Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch ein Ausdruck von politischer Vernunft.

António Guterres, der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, spricht von einer „kolossalen Tragödie“ in der Region. In Syrien gibt es nach Angaben der Vereinten Nationen derzeit 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge, 9,3 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. So benötigen etwa alle 540.000 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien dringende humanitäre Hilfe, wie das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten UNRWA betont. Besonders schwer betroffen sind diejenigen im Flüchtlingslager Yarmouk, die monatelang von jeder Hilfe abgeschnitten und systematisch ausgehungert wurden.

Hinzu kommen 2,4 Millionen syrische Flüchtlinge, die in den Nachbarländern registriert sind sowie hunderttausende nicht-registrierte Flüchtlinge aus Syrien. Seit dem letzten Winter hat sich die Anzahl Schutzsuchender in der Region damit mehr als vervierfacht. In diesem Jahr rechnet die UN mit einem möglichen Anstieg auf 4 Millionen Flüchtlinge außerhalb Syriens. Die staatlichen und kommunalen Strukturen in den Anrainerstaaten stehen seit Beginn der Syrien-Krise, vor fast drei Jahren, vor immer größere Herausforderungen und drohen, daran zu kollabieren.

In einer besonders schwierigen Lage ist der Libanon mit über einer Million syrischen Flüchtlingen. Das entspricht einem Bevölkerungszuwachs von ca. 25 Prozent, der den Libanon und seine Gesellschaft überfordert. Da es im Libanon keine Flüchtlingslager für die Syrer gibt, verteilt sich die überwiegende Anzahl der Flüchtlinge auf 900 Kommunen im Libanon-Gebirge und der Bekaa-Ebene. Vor allem sie benötigen dringend Unterstützung für ihre Infrastruktur, um eine menschenwürdige Versorgung der aus Syrien stammenden Menschen sicherzustellen und um zu vermeiden, dass die Bereitschaft, sie aufzunehmen, nicht immer weiter schwindet.

Viel zu lange ist auch die Situation im Nordirak und vor allem in der autonomen Republik Kurdistan-Irak mit inzwischen über 200.000 Flüchtlingen wenig beachtet worden. Bis zum Ende des Jahres könnte sich die Zahl der Flüchtlinge, die überwiegend im Nord-Irak ankommen, sogar mehr als verdoppeln. Die vergleichsweise stabile Region Kurdistan-Irak, mit funktionierender Regierung, Parlament, Bildungssystem und einer wachsenden Wirtschaft droht, davon geschwächt zu werden. Das wiederum könnte zu einer weiteren Destabilisierung der ganzen Region führen. Auch die Kämpfe mit der zur Al-Quaida zugehörigen Gruppen ISIL in der irakischen

Provinz Anbar stehen im direkten Zusammenhang mit den Entwicklungen in Syrien. Mittlerweile gibt es neben den syrischen Flüchtlingen in dieser Region ca. 160.000 irakische Binnenflüchtlinge, die ebenso Unterstützung und Hilfe benötigen.

In Jordanien müssen Maßnahmen für eine langfristige Aufnahme der über 600.000 dort lebenden Flüchtlinge ergriffen werden. Das Flüchtlingslager Zaatari ist zu der drittgrößten Stadt Jordaniens angewachsen. Gleichzeitig werden jedoch zunehmend vor allem palästinensische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen. Ein großes Problem in Jordanien ist zwar der Wassermangel, der allerdings unter anderem durch eine vorausschauende Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor gemindert werden konnte.

Die Türkei hat bereits seit vielen Jahren hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen, heute leben ca. 700.000 dort. Davon leben ca. 210.000 in einem der 22 organisierten Camps, viele weitere sind eigenständig untergekommen. Unterstützung und Registrierung sind in der Türkei vergleichsweise gut organisiert und auch in der Bevölkerung gibt es eine Bereitschaft, die Flüchtlinge aufzunehmen.

In Ägypten sehen sich die 133.000 registrierten sowie eine ebenso große Zahl an nicht registrierten syrischen Flüchtlinge dagegen immer größeren Feindseligkeiten ausgesetzt.

Die ohnehin schon angeschlagenen Nachbarstaaten Syriens dürfen wir mit diesen Herausforderungen jetzt nicht alleine lassen. Der Krieg in Syrien dauert weiter an, die Verhandlungen in Genf haben bislang keine greifbare Lösung gebracht. Ihr bisher einziger Erfolg war, dass sie unter Teilnahme von einigen Vertretern der Konfliktparteien stattgefunden haben und voraussichtlich fortgesetzt werden. Die politische Lösung des Syrienkonflikts kommt nur schleppend voran, aber eine militärische Lösung kann es nicht geben. Darum muss die internationale Gemeinschaft jetzt alles Menschenmögliche tun, um die humanitäre Katastrophe in Syrien und in der Region zu lindern.

Dafür braucht es von der internationalen Gemeinschaft und vor allem von der Europäischen Union eine deutlich gesteigerte Bereitschaft zur Aufnahmen von Flüchtlingen und zur humanitären Hilfe.

Flüchtlingsaufnahmen aus Syrien sind in der Europäischen Union bislang auf einem beschämend niedrigen Niveau. Schweden und Deutschland sind deutlich engagierter als alle anderen Staaten in der EU, sie haben einen Großteil der syrischen Flüchtlinge der EU aufgenommen. Dennoch ist dieses Engagement längst nicht ausreichend. Um die Nachbarländer Syriens wirklich zu entlasten, müsste Deutschland weit mehr als die geplanten 10.000 Flüchtlinge aufnehmen. Und schon die Aufnahme dieser Flüchtlinge verzögert sich aufgrund bürokratischer Probleme. Obwohl schon mehr als 5.000 Flüchtlinge zur Aufnahme identifiziert wurden, konnten bislang nur etwa 2.300 tatsächlich nach Deutschland gelangen. Grund dafür ist die Überlastung der Botschaft in Beirut und die sinnlose Auflage der libanesischen Behörden, nur eine begrenzte Anzahl von Ausreiseerlaubnissen zu erteilen. Der Familiennachzug von syrischen Verwandten wird ebenfalls noch viel zu oft durch bürokratische Regelungen behindert. Bis Ende 2013 wurden insgesamt nur knapp 1000 Einreisevisa für syrische Familienangehörige ausgestellt.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen fordert seit Monaten, dass die EU syrische Flüchtlinge nicht mehr an ihren Grenzen abweisen soll. Es ist vollkommen untragbar, dass die europäische Grenzschutzbehörde Frontex syrische Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zurückweist. Darüber hinaus stecken zahlreiche syrische Flüchtlinge, die es über einen der gefährlichen Fluchtwege in die EU geschafft haben, in Mitgliedstaaten fest, deren Asylsysteme überfordert sind. Dies betrifft auch Flüchtlinge, die bereits Familienangehörige in einem EU-Mitgliedsland haben, aber aufgrund der Dublin III-Verordnung nicht mit ihrer Familie vereint werden. Auch kritisieren wir auf das Schärfste, dass die Bundespolizei die häufig traumatisierten Menschen, die

vor dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa geflohen sind, in Haft nimmt, um sie in andere EU-Mitgliedsstaaten abzuschieben.

Bei der humanitären Hilfe muss die internationale Gemeinschaft und muss auch Deutschland wesentlich mehr tun. Das VN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA hat den humanitären Bedarf für Syrien bis zum Jahresende 2014 auf 2,27 Milliarden US-Dollar und für die Flüchtlingshilfe in der Region auf 4,26 Milliarden US-Dollar beziffert. Das ist der größte Spenden- und Finanzierungsauftrag der Vereinten Nationen aller Zeiten. Auf der Geberkonferenz in Katar hat Deutschland weitere 110 Millionen US-Dollar zugesagt. Insgesamt wären durch die dort versprochenen Mittel der Staatengemeinschaft aber nur etwas mehr als ein Drittel des VN-Auftrages abgedeckt.

Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die reichen EU-Staaten sowie nicht zuletzt die Staaten, die sich von außen in den Konflikt einmischen, sich weigern, großzügige Aufnahmeprogramme aufzulegen und die humanitären Bedarfe vor Ort zu erfüllen. Stattdessen werden der Libanon, Nord-Irak, Jordanien, die Türkei, Ägypten und vor allem die SyrerInnen selbst mit diesen Aufgaben zu sehr alleine gelassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- von der internationalen Gemeinschaft, politisch alles dafür zu tun, dass ein humanitärer Zugang zu den Millionen leidenden Menschen in Syrien geschaffen wird. Dazu braucht es die Verhandlung mit allen Akteuren des Syrien-Krieges, eine Einigung auf eine humanitäre Waffenruhe, ein Ende der Blockade ganzer Städte und die Organisation grenzüberschreitender Hilfe zum Beispiel aus der Türkei und der autonomen Republik Kurdistan-Irak zur Versorgung der Menschen mit dringend benötigten Hilfsgütern;
- von der Bundesregierung, die deutschen Sondermittel für humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung in Syrien und in der Region im Vergleich zum Vorjahr auf 400 Millionen Euro zu verdoppeln und bei einer weiteren Verschärfung der Situation weiter zu erhöhen, ohne diese Mittel bei anderen Krisen dieser Welt abzuziehen. Indem es die Mittel stark erhöht, sollte Deutschland auf die internationalen Partner einwirken, ebenfalls deutlich mehr Gelder für die humanitäre Unterstützung in der Region zu verwenden;
- von den europäischen Staaten, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Unterstützung für den Libanon, Jordanien und Irak auszubauen um vor allem im Bereich Wasser/Sanitär und Infrastruktur die dortigen Kommunen zu unterstützen. Da die meisten Flüchtlinge vorerst und auf unbestimmte Zeit nicht in ihre Heimat zurück kehren können, müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden, damit ihnen in den Aufnahmestaaten ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird;
- von der EU, an die Nachbarstaaten Syriens heranzutreten, um ihnen politische Unterstützung für die Stabilisierung ihrer Länder im Zuge des Kriegs in Syrien anzubieten;
- von der Bundesregierung, die personellen Kapazitäten für die Bearbeitung von Einreisearträgen von Flüchtlingen an den deutschen Botschaften in den Nachbarstaaten Syriens und in Ägypten sowie dem Generalkonsulat in Erbil auszubauen, damit die geplanten 10.000 Flüchtlinge aus Syrien unabhängig von ihrer Nationalität endlich nach Deutschland einreisen können;
- von den Bundesländern, die hohen Anforderungen für den Familiennachzug von Schutzsuchenden zu in Deutschland lebenden Verwandten, insbesondere bei den abzugebenden Verpflichtungserklärungen, zu reduzieren und die Einreise für Familienangehörige aus Syrien zu vereinfachen;

- von der Bundesregierung, Fragen im Fragebogen für Asylsuchende aus Syrien zu Erkenntnissen über in Syrien begangene Kriegsverbrechen und die Nennung der Täter nicht zum Gegenstand des Aufnahmeverfahrens zu machen;
- von der EU und ihren Mitgliedsstaaten, dass sie syrische Flüchtlinge nicht länger an den europäischen Außengrenzen zurückweisen;
- von der Bundesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass syrische Flüchtlinge vorübergehenden Schutz in Europa finden, indem der Rat die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz für eine große Zahl von Flüchtlingen aktiviert. Syrische Flüchtlinge hätten damit einen gesicherten Zugang zur EU sowie ein sicheres Aufenthaltsrecht und soziale Grundrechte;
- von der Bundesregierung, Schutzsuchende aus Syrien nicht mehr im Rahmen der Dublin-Verordnung zwangsweise in andere EU-Staaten zurückzuführen und nicht mehr in Abschiebehaft zu nehmen;
- von der Bundesregierung, in Abstimmung mit den anderen Staaten der EU bis Ende 2014 die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge deutlich zu erhöhen;
- von der EU-Kommission, dass sie bis zum Sommer eine Syrien-Flüchtlings-Konferenz einberuft, auf der sich alle EU-Mitgliedsstaaten auf konkrete Zahlen und Verfahren zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge bereit erklären;
- von den Menschen in der EU, ihre Spendenbereitschaft für die humanitäre Katastrophe in der Region zu erhöhen, da bisher viel zu wenig bei den Hilfsorganisationen ankommt, die mit ihrer Arbeit täglich unzählige Menschenleben retten.